



China Newsletter

13.09.2022

Liebe Chinainteressierte,

wir sind im Herbst angekommen, nächste Woche feiern wir **30 Jahre urgewald**. Wie im **letzten Newsletter** angekündigt feiern wir auch unseren zweijährigen Newsletter-Geburtstag „mit eigenen Kleidern“: die neue RIMA-Plattform wird vorgestellt, die das Zeug hat, irgendwann auch eine „Bewegung“ zu werden, ein Kurzbericht zum Besuch bei Annalena Baerbock und auch der noch ganz frische Erfolg bei unserer Advocacy-Arbeit zur AIIB. Ein Kredit, der bewilligt wurde, liegt jetzt aufgrund unserer Aktion auf Eis. Er brachte viel Leid über Kinder und Familien in Kambodscha. Solche „kleinen“ Erfolge sind es, die uns motivieren.

In diesem Newsletter informieren wir u.a. über die laufende Kampagne zum Schutz einer Aktivistin in der Mongolei, geopolitische Themen wie die Gaslieferungen Russlands an China, die verschiedenen Seidenstraßeninitiativen, Taiwan (Rüstung) und Sri Lanka (Schulden).

Alles Gute, viel Spaß beim Lesen,

Eure Nora Sausmik und Charlotte Griestop (und danke an Juan Klein Cuervo!)

Wir freuen uns über Werbung für unseren Newsletter, damit sich die Arbeit lohnt, empfiehlt ihn weiter, danke!

Themen im Newsletter:

- **Neue zivilgesellschaftliche Aktionsplattform: RIMA**
- **Globale Klimakonferenz im fossilen Hotspot**
- **Mongolei: Umweltschützerin in Gefahr**
- **G7 planen eigene "Seidenstraße"**
- **Verlängerung von Xi Jinpings Präsidentschaft auf Lebenszeit**



RIMA-Treffen in Nepal

Neue zivilgesellschaftliche Aktionsplattform: RIMA

Nepal. Ende Juni/ Anfang August trafen sich auf Initiative des ChinaDesk urgewald in Kooperation mit CLEAN (Bangladesch) und Growthwatch (India) 30 Vertreter*innen der Zivilgesellschaft aus über 10 verschiedenen asiatischen Ländern. Ziel war ein Austausch zu chinesischen Infrastrukturinvestitionen in der Region. **RIMA** (Regionale Infrastruktur Monitoring Allianz) ist ein Ressourcennetzwerk für Kampagnen in der Region, um den Schutz der Rechte der indigenen Bevölkerungen zu gewährleisten und den Klimaschutz voranzutreiben. RIMA-Teilnehmer*innen tauschten sich über ihre Erfahrungen mit Beschwerdemechanismen aus und bekamen einen Überblick darüber, welche Möglichkeiten indigene Gemeinschaften über internationale Rechtsmittel haben. Welche politischen Verantwortlichkeiten und Entscheidungsprozesse liegen bei den chinesischen Großinvestitionen vor? Dabei ging es in erster Linie um Methoden und "Tools" wie z.B. das urgewald Divestment-Werkzeug "Global Coal Exit List" (**GCEL**). Laut der US-amerikanischen NGO Accountability Counsel machten von den insgesamt 1120 Beschwerden, die bisher bei internationalen Finanzinstituten eingegangen sind, 66% Beschwerden zu Infrastrukturprojekten aus. Im Herbst/ Winter werden ein Filmclip und ein schriftlicher Bericht in Buchform mit Fotos über die RIMA-Konferenz erscheinen.

[Kurzbericht über das Treffen >](#)

Globale Klimakonferenz im fossilen Hotspot

Die UN-Klimakonferenz COP27 findet dieses Jahr in Ägypten statt, einem Land mit **65.000 politischen Gefangenen**. Momentan wollen viele afrikanische Länder **verstärkt in fossile Energieträger investieren**. Gemeinsam mit afrikanischen NGOs erstellt urgewald eine Übersicht über die schlimmsten Öl- und Gasprojekte auf dem Kontinent. Chinesische Unternehmen und Banken spielen fast überall mit, auch bei der umstrittenen **East African Crude Oil Pipeline (EACOP)**, die Öl von Uganda nach Tansania transportieren soll (wir berichteten). Anfang April hat sich die Munich Re von dem Projekt distanziert, zuvor **15 andere Banken**. Aber die Pipeline, gebaut von der französischen TotalEnergies (62%) und der chinesischen CNOOC (8%), sucht weiterhin Finanziere. Die chinesische Bank ICBC zählt zu den drei Beraterbanken. Total und CNOOC gehören zu den Öl- und Gasunternehmen mit den weltweit größten Expansionsplänen. 178 tansanische und 231 ugandische Dörfer müssen weichen, 32.000 Menschen sind betroffen. Ein **neuer Bericht** hat nun systematisch die

zahlreichen Verstöße der Banken gegen international anerkannte Umwelt- und Menschenrechtsstandards aufbereitet. urgewald arbeitet hier eng mit der Koalition zu "Stop EACOP" zusammen.

[Mehr erfahren >](#)



„Im Jahr 2017 besuchte unsere zivilgesellschaftliche Organisation den Taishir-Damm. Was wir sahen, gab uns kein Vertrauen in die Sicherheit und Qualität des Projekts: Der Beton war rissig und ein Ingenieur, der uns begleitete, wies auf eine Reihe weiterer Risiken hin.“

Sukgherel Dugersuren, Direktorin Oyu Tolgoi Watch, Mongolei

Mongolei: Umweltschützerin in Gefahr

Eine [Koalition von über 130 NGOs](#), urgewald inklusive, hat sich in einem offenen Brief gegen die angedrohte Verhaftung der Direktorin von Oyu Tolgoi Watch (OT Watch), Sukgherel Dugersuren, an den Geheimdienst der Mongolei gewandt. Dieser hatte die Aktivistin am 2. August 2022 darüber informiert, dass wegen Straftaten nach Artikel 19.4 des Strafgesetzbuchs ("Illegale Zusammenarbeit mit ausländischen Nachrichtendiensten, Agenten") gegen sie ermittelt wird. Gleichzeitig ist sie Ziel einer Verleumdungskampagne in den sozialen Medien geworden. Es besteht ernsthafte Sorge um ihre Sicherheit und die Gefahr einer baldigen Verhaftung. Stein des Anstoßes war der Protest gegen ein von der chinesischen EXIM Bank finanziertes [Wasserkraftwerk](#).

[Mehr erfahren >](#)

Human rights defenders are our allies.

They **defend** our right to a clean environment.

They **speak out** against violations.

They **lead powerful struggles** for a better future.

They need to be protected and supported,
not criminalized.

**Join us. Let's all stand up
for Sukhgerel.**

Mongolische Umweltschützerin Sukhgerel

AIB: urgewald und kambodschanische Gruppen stoppen Kredit

urgewald organisierte letzte Woche ein Treffen der europäischen Anteilseigner der Bank mit kambodschanischen zivilgesellschaftlichen Gruppen. Wir haben überzeugen können: Es gibt einen Teilerfolg. Das Management der Bank versprach, den Kredit nicht zu unterzeichnen, sondern eine Untersuchungskommission zu entsenden. Das BMZ und auch die Weltbank ziehen sich aus dem kambodschanischen Mikrofinanzsektor zurück. Landlose Bauern, Kinderarbeit und Selbstmorde stellen ein Reputationsrisiko dar. Deutschland und andere Anteilseigner der AIB dürfen diesem Kredit nicht zustimmen.

UN-Bericht zu Xinjiang endlich veröffentlicht

Wenige Minuten vor Ende ihrer Amtszeit hat die UN-Hochkommissarin Bachelet den lange erwarteten [UN-Abschlussbericht zu Xinjiang](#) veröffentlicht. Peking wollte den Xinjiang-Bericht unbedingt verhindern. Der Bericht spricht eine deutliche Sprache: Maßnahmen der chinesischen Behörden in Xinjiang stellen "internationale Verbrechen, insbesondere Verbrechen gegen die Menschlichkeit, dar".

Taiwan: Baerbock sagt Unterstützung zu

Der Konflikt zwischen China und Taiwan spitzt sich zu. Chinesische Militärübungen, bei denen Raketen auch im japanischen Hoheitsgebiet landeten, waren die Antwort auf den Besuch der [US-Demokratin Nancy Pelosi](#). Die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock bekräftigte bei der Uno-Überprüfungskonferenz zum Atomwaffensperrvertrag [Solidarität](#) mit Taiwan. Führende Grüne sprachen sich daher gegen einen Export deutscher Motorentchnik an das chinesische Militär aus. Die [Unterstützung der schnellen Aufrüstung](#) Chinas stehe den deutschen Interessen entgegen und es sei in Frage zu stellen, ob diese Praxis tatsächlich mit der neuen Nato-Strategie vereinbar wäre, so der China-Experte und Grünen-Europaabgeordnete Reinhard Bütikofer.

[Mehr erfahren >](#)



Wandernde Elefantenherde in China

China verschiebt erneut globalen Biodiversitätsgipfel

Die UN-Biodiversitätskonferenz COP15 wird von China ausgerichtet und wurde seit Mai 2020 mehrmals verschoben. Sie begann im Oktober letzten Jahres als virtuelle Konferenz mit dem ersten Teil über nicht verhandlungsrelevante Tagesordnungspunkte. Der zweite Teil sollte dieses Jahr in Kunming, China stattfinden (wir berichteten) und wurde nun auf den 15.-17. Dezember nach Montreal, Kanada verschoben. Das Ziel, die biologische Vielfalt zu bewahren, ist bisher fast vollständig gescheitert. Kohleminen im indonesischen Kalimantan sind dabei eine von vielen [Gefahren](#). Die Initiative [Banks and Biodiversity](#) zeigt, welche entscheidende Rolle dabei die Banken spielen. COP15 wird als die Konferenz gesehen, die nicht scheitern darf. Bei den Zwischengesprächen in Genf und [Nairobi](#) blieben jedoch viele Fragen ungelöst.

[Mehr erfahren >](#)

China und die Schuldenkrisen in Sri Lanka und Übersee

Dringende Überbrückungskredite chinesischer Banken häufen sich. Zahlungsausfälle sollen so verhindert werden. Solche Notkredite wurden bereits Pakistan und Belarus, der Mongolei, Argentinien und jetzt Sri Lanka gewährt. Es ist wichtig zu wissen, dass Umschuldungsprozesse im Gange sind, aber sie stellen fast ein Staatsgeheimnis Chinas dar. Genaue Pläne kennen noch nicht einmal die Banken selbst. Vermehrter Zahlungsausfall führt auch in China selbst zu Schuldenstress. Der Gesamtwert der chinesischen Auslandskredite der Jahre 2020 und 2021, die neu verhandelt werden müssen, wird einer neuen [Studie](#) nach auf 52 Milliarden Dollar geschätzt. Sri Lanka steht vor der größten Finanzkrise seit 1948. Knappe Devisen führen zu

Import-Schwierigkeiten von Treibstoff und Medikamenten. Daraufhin stürzten Tausende die Präsidentenresidenz in Colombo und stürzten den **Präsidenten**. Sri Lankas Krise wurde nicht allein durch chinesische Kredite verursacht, aber laut Financial Times waren diese besonders umstritten und beinhalten Infrastrukturprojekte wie den Lotus Tower, Häfen und Flughäfen, die sich letztlich nicht rentieren. Der Lotus Tower, eigentlich als Symbol für Sri Lankas glänzende Zukunft und die Kooperation mit China designt, hat neben Korruptionsskandalen mit unbeendeten Bauarbeiten und Leerstand zu kämpfen.

[Mehr erfahren >](#)

Chinas Regionalbanken haben zu viele faule Kredite vergeben

Mehrere chinesische Regionalbanken aus der Provinz Henan haben im womöglich größten Finanzskandal Chinas die Einlagen tausender Kund*innen eingefroren. Auch ausländische Gläubiger sind mit mindestens 20 Milliarden US-Dollar betroffen. Grund ist die Verwicklung der Banken im **überhitzten Immobiliensektor**, in dem die Behörden nun verstärkt gegen hoch verschuldete Bauunternehmen vorgehen. Der Immobiliensektor steht für etwa ein Viertel der Wirtschaftsleistung Chinas.

Kund*innen protestierten, da sie seit April nicht mehr an ihr Geld kommen. Fabrikbesitzer*innen haben Probleme, ihre Beschäftigten zu bezahlen. Bei vielen Bankkund*innen ist unbegründet ihr Covid-Gesundheitscode auf rot gesprungen. Dies hinderte sie daran, bei der Bank Geld abzuheben.

[Mehr erfahren >](#)



Protest vor einer Filiale der chinesischen Zentralbank

China klammert Abholzung aus neuen grünen Finanzrichtlinien aus

Am 1. Juni wurden von der Chinesischen Bank- und Versicherungsaufsichtsbehörde (CBIRC)

neue grüne Richtlinien veröffentlicht, die Banken und Versicherungen dazu anhalten ESG (Umwelt, Soziales und Unternehmensführung) -Risiken besser einzuschätzen und zu vermeiden. Sie lassen allerdings den Waldsektor außen vor. China ist nach Brasilien, Malaysia, den USA, Indonesien und Japan sechstgrößter Finanzierer von Abholzung. Zwischen Januar 2013 und April 2020 haben chinesische Finanzinstitutionen über 22,5 Milliarden US-Dollar an Krediten und Bürgschaften in große Unternehmen investiert, die forstwirtschaftlich riskante Rohstoffe produzieren und handeln: Zellstoff, Papier, Kautschuk, Holz, Palmöl, Soja und Rindfleisch.

Laut einer Studie von [Forest 500](#) engagieren sich die fünf größten chinesischen Geldgeber für Waldrisikosektoren (alles große chinesische Banken) wenig oder gar nicht für die Bekämpfung von Abholzung. Es bräuchte staatliche Regulierungen um die verbleibenden klimakritischen Wälder und die von ihnen abhängigen Menschen zu schützen.

[Mehr erfahren >](#)

G7 planen eigene "Seidenstraße"

Die G7 haben mit der „[Partnerschaft für globale Infrastruktur](#)“ eine Konkurrenz der von China initiierten Neuen Seidenstraße ins Leben gerufen. Das [Megaprojekt](#) soll bis 2027 mit ca. 600 Milliarden Dollar umgesetzt werden. 200 Milliarden hat US-Präsident Biden als Ideengeber des Projekts versprochen. Im Memorandum wird diese Zahl jedoch nicht erwähnt, sondern dass die Initiative durchgeführt wird, sofern Geld vorhanden sei. Nicht erwähnt wird, dass die EU mit der [Global Gateway-Strategie](#) (GG) bereits ihren eigenen Ansatz entwickelt hat. Dafür hatte die EU bereits 300 Milliarden Dollar eingeplant, die nun auch als Beitrag für die neue „Partnerschaft für globale Infrastruktur“ gezählt werden. Gestritten wird darüber, inwieweit diese Initiativen verlässlichere Umwelt- und Sozialstandards festschreiben. Die GG soll laut Webseite wettbewerbsfähig sein und „gleichzeitig die höchsten Umwelt- und Arbeitsstandards sowie eine solide Finanzverwaltung“ gewährleisten. Diese Versprechen wurden auch schon bei der Gründung der Asiatischen Infrastrukturinvestmentbank gegeben, bis heute kämpft urgewald um die Einhaltung. China rühmt sich derweil, dass die vielen „Kopien“ der Seidenstrasse zeigten, dass sie ein Erfolg sei.

[Mehr erfahren >](#)

Gazprom liefert 61% mehr Gas an China

Der russische Staatskonzern Gazprom hat in den ersten sieben Monaten dieses Jahres seine Gaslieferungen an China um 61% erhöht. Die Pipeline „Kraft Sibiriens“ hat im gesamten Jahr 2021 10,39 Milliarden Kubikmeter Gas exportiert. Die gesamte Fördermenge des Konzerns wurde jedoch um rund 12% im Vergleich zum Vorjahr gesenkt. Auf Grund des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine ist die Nachfrage aus dem Ausland mit etwas mehr als einem Drittel stark rückläufig und sorgt für Verluste bei dem Konzern. Das habe vor allem mit den Lieferkürzungen nach Europa zu tun. China sei trotz erhöhtem Import kein Ersatz für die EU/Türkei (mit bisher rund 180 Milliarden Kubikmetern).

[Mehr erfahren >](#)

Übergang zu neuen Energien

Am 4. August hat Chinas zentrale Verwaltungsbehörde für Staatsunternehmen in einer neuen Richtlinie die Unternehmen aufgefordert, ihrer Verantwortung gegenüber [Energieeinsparungen und dem Umwelt- und Naturschutz](#) gerecht zu werden. Die Richtlinie sieht die Eindämmung von Projekten mit hohem Energieverbrauch und hoher Emission vor. Schon im März wurde der [Energieplan des 14. Fünfjahresplans vorgestellt](#), der u.a. vorsieht, bis 2025 mit

erneuerbaren Energien bis zu 39% der gesamten Energieerzeugung zu decken. Jedoch sei der Übergang zu erneuerbaren Energien ohne die Energiesicherung durch Kohlekraft nicht möglich, weshalb die People's Bank of China die Investitionen in Kohlekraft um 100 Milliarden Yuan erhöht.

[Mehr erfahren >](#)



Eisenerzabbau

Chinas Eisenerz und Nickel Handel

Im Jahr 2021 kaufte China knapp 70% der weltweiten Eisenerzexporte. Chinas Stahlindustrie ist auf über 500 verschiedene Stahlwerke verteilt. Nun steht eine [Zentralisierung](#) dieses Industriesektors bevor. China will seine langfristigen Ziele im globalen Eisenerzhandel erreichen und an Einfluss gewinnen. Ferner sollen auch ausländische Projekte, wie das massive Simandou Eisenerz-Projekt in Guinea, finanziert und verwaltet werden. Das Projekt wurde jedoch wiederholt durch politische und rechtliche Dispute verzögert. Mit der Gründung des staatlichen Eisenerzriesen [China Mineral Resources Group](#) in Xiongan will China seine massiven Bergbauinvestitionen konsolidieren und den weltweiten Handel von Stahlwerkstoffen für die größte Stahlproduktionsnation der Welt koordinieren.

Der Ukrainekrieg hat den globalen Nickel-Markt stark beeinflusst. In wenigen Tagen stiegen die Preise an der London Metal Exchange (LME) um noch nie dagewesene 250%. Der Handel mit Nickel wurde für einen kurzen Zeitraum eingestellt. Dies berührte allerdings nicht den [chinesischen Nickelriesen Tsingshan](#). Die Entscheidung der LME hat seine Verluste minimiert und das Unternehmen ist groß genug, um sich von den Auswirkungen zu erholen. Die Nachfrage nach Nickel für die Herstellung von Batterien für Elektrofahrzeuge ist gestiegen und ist somit weiterhin Anreiz für die Förderung des Rohstoffs. Die Umweltschäden, die mit der Produktion einhergehen, sind verheerend.

[Mehr erfahren >](#)

ZAHL DES MONATS
5 Milliarden Dollar

Umweltschäden und soziale Ausbeutung durch Bergbauindustrie

Die weltweite Bergbau-Rohstoffgewinnung verursacht einer neuen Studie aus dem [Journal for Cleaner Production](#) zufolge jedes Jahr Umweltschäden in Höhe von bis zu 5 Milliarden Dollar. Sie entstehen durch Treibhausgase, Feinstaub und Versauerung - insbesondere im Kohle- und Stahlsektor.

Häufig wird im Bergbau die lokale Bevölkerung außen vor gelassen. Ein gescheiterter [Steinbruch](#) in Simbabwe zeigt, dass dies auch negative Folgen für die Bergbauunternehmen hat. Das Versäumnis des chinesischen Unternehmens Freestone Mines, die örtliche Bevölkerung einzubeziehen, führte zum Abbruch des Projekts. Des Weiteren beklagt sich die simbabwische Medienallianz über [Drohungen der chinesischen Botschaft](#), nachdem sie über chinesische Rechtsverletzungen berichtet hatte.

Im Kongo wird chinesischen Kobalt- und Lithium-Minen [Kinderarbeit](#) mit kritischen Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen. Über 70% des weltweiten Kobalts werden hier produziert, um in China in Batterien, Solarpanelen und Smartphones verbaut zu werden.

In Sumatra hat eine Untersuchung der Weltbank ergeben, dass die Zink- und Bleimine, die im Norden erschlossen wird, „extrem“ [hohe Risiken](#) birgt. Das Projekt wird durch ein Tochterunternehmen der chinesischen Nonferrous Metal Industry's Foreign Engineering and Construction (NFC) entwickelt. Unabhängige Expert*innen stellten fest, dass der Damm durch verschiedene Faktoren gefährdet sei und es [verheerende Auswirkungen](#) für die lokale Bevölkerung haben würde.

Am 19.7.2022 erst wurden vom chinesischen Ministerium für Handel (MOFCOM) und Ökologie und Umweltschutz (MEE) neue „grüne“ Richtlinien für Auslandsinvestitionen chinesischer Staatsunternehmen erlassen, um „eine umweltfreundliche Infrastruktur aufzubauen“. Menschenrechte bleiben hier außen vor.

[Mehr erfahren >](#)

Verlängerung von Xi Jinpings Präsidentschaft auf Lebenszeit

Nun steht der Termin fest: Am 16. Oktober 2022 findet der 20. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas statt, auf dem eine Verfassungsänderung Wirklichkeit werden soll: die lebenslange Amtszeit des Staatspräsidenten und Parteivorsitzenden Xi Jinping soll beginnen. Diese „Wahl“ wird von den über das Jahr hinweg sorgfältig ausgesuchten 2300 Delegierten vorgenommen. Was wird sich ändern? Die Analyse der veröffentlichten Reden und Artikel zeigt: Nach innen wird der Aufbau eines „gemeinsamen Wohlstands“ Politik und Reden bestimmen, nach außen die Formel einer [„Schicksalsgemeinschaft“](#) weiter bemüht. Durch die Aufnahme dieser Formel in UN-Dokumente besteht die Gefahr, dass Entwicklungsziele von Menschenrechten abgekoppelt werden. Xi geht in die Offensive, Besuchsdiplomatie besonders in die strauchelnden Länder der Seidenstraßeinitiative sowie der Besuch des G20-Gipfels stehen auf dem Plan.

In eigener Sache

urgewald im Auswärtigen Amt

Am 29. August nahm urgewald als Mitglied des Forums Menschenrechte und auf Einladung des Auswärtigen Amtes am Jahrestreffen mit der Außenministerin Annalena Baerbock teil. Nach dem dem mehrstündigen Gespräch mit der Außenministerin gab es auch einen Austausch mit der Beauftragten für Menschenrechte sowie mit unterschiedlichen Länderreferent*innen. Am Beginn des Austausches stand die Überreichung von über 60 länder- und themenspezifischen Aide Memoires, unter Beteiligung von urgewald. Eines der vier Schwerpunktthemen stellte die in Arbeit befindliche Chinastrategie der Bundesregierung dar. Ein weiteres Thema war Chinas Politik im UN-Menschenrechtssystem und die Versuche, universelle Rechte umzuformulieren oder anders zu gewichten (siehe hierzu "[What China says](#)"-Glossar). Nora Sausmikat griff das Koalitionsversprechen der Bundesregierung auf, wonach öffentliche Geldanlagen bis 2045 klimaneutral sein sollen. Sie forderte die konsequente Anwendung von Divestment-Tools wie GCEL und GOGEL auch in der chinesisch dominierten AIB. Menschenrechte müssten Querschnittsaufgabe der ressortübergreifenden Chinastrategie sein.



urgewald im Austausch mit Außenministerin Baerbock © Auswärtiges Amt

Tipps am Rande

Schwache Stimmen stark machen

“China Spektrum” ist ein neues gemeinsames Projekt des China-Instituts der Universität Trier (CIUT) und des Mercator Institute for China Studies (MERICS) in Berlin, das die vielfältigen und oft ungehörten Meinungen in China sichtbar machen will. Die Projektleiterinnen Kristin Shi-Kupfer und Katja Drinhausen stellen ihr Projekt im MERICS China-Podcast vor.

[Mehr erfahren >](#)

Qin Hui zu Russland und Ukraine

Der chinesische links-liberale "public intellectual" Qin Hui hat seine sieben Artikel zur russischen Invasion in der Ukraine auf der folgenden Seite auf Englisch veröffentlicht:

[Mehr erfahren >](#)

Global China als Methode

Das Buch "Global China as Method" kritisiert die whataboutistischen und essentialistischen Ansichten, die einem Großteil der aktuellen China-Debatte zugrunde liegen. Es zeigt, wie wir chinesischen Behörden gegenüber äußerst kritisch bleiben können, ohne dabei aus den Augen zu verlieren, wie chinesische Entwicklungen in globale Trends eingebettet sind und diese widerspiegeln.

[Mehr erfahren >](#)

Global China Pulse

Die zweijährliche open access Publikation "Global China Pulse" gibt Raum für verschiedene Formate, um über Chinas internationale Tätigkeiten zu berichten und eine Brücke zwischen Wissenschaft, Zivilgesellschaft und der breiten Öffentlichkeit zu schlagen. In der aktuellen Ausgabe geht es um die Rolle der chinesischen Entwicklungsbank (CDB) in Lateinamerika.

[Mehr erfahren >](#)

Datenbank zu Chinas Investitionen in Stromerzeugung im Ausland

Das "China Overseas Finance Inventory" (COFI) ist eine umfassende Datenbank über Chinas Investitionen in die Stromerzeugung im Ausland. Grundlage sind öffentliche und private Quellen. Sie soll chinesischen Entscheidungsträger*innen, Finanzinstituten und anderen Stakeholdern helfen, nachhaltige Entscheidungen zu treffen.

[Mehr erfahren >](#)

urgewald e.V.
Andrea Soth
Von Galen Str. 4
48336 Sassenberg
Deutschland

andrea@urgewald.org

Wenn Sie diese E-Mail (an: unknown@noemail.com) nicht mehr empfangen möchten, können Sie diese [hier](#) kostenlos abbestellen.